

Der Vorstand

Vorsitzender:

Stabsunteroffizier d. R Guido Bung

Stellvertretender Vorsitzender:

Stabsunteroffizier d. R. Thomas Hagemann

Kassenwart:

Horst Hohenstein

Schriftführer:

HptGefr Guenter Holzmann

Sie erreichen den Vorstand unter der E-Mail:

guidobung@t-online.de

Quakenbrueck@reservistenverband.de

Impressum:

Herausgeber: Traditionsverband der Pommernkaserne
Fürstenau (RK 31)

E-Mail: guidobung@t-online.de

Auflage: 50 Exemplare; Druck: Eigendruck

Vertrieb nur noch über E-Mail auf Anforderung

Internet : www.fuerstenau.de Tourismus& Freizeit

Vereine,-Reservisten. Flyer als PDF



Traditionsverband der Pommernkaserne Fürstenau

RK - Information III. Quartal 2019

Inhalt

Grußwort des Vorsitzenden

Aus unserem Vereinsleben

Termine

Impressum

Der militärgeschichtliche Beitrag

Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Allen die uns unterstützen und es weiterhin ermöglichen den Traditionsverband der Pommernkaserne zu erhalten, möchte der Vorstand vorab schon mal seinen größten Dank aussprechen!

Aus unserem Vereinsleben

Derzeit sind wir damit beschäftigt eine neue Unterkunft zu suchen um unsere Ausstellung der Garnison, wieder präsentieren zu können. Leider ist dies in unserem altgewohnten Traditionsraum im Alten Rathaus in der Fürstenauer Stadtmitte nicht mehr

möglich. Erste Gespräche wurden bereits geführt und wir hoffen euch bald eine positive Nachricht mitteilen zu können.



Termine

Die RK Sitzungen finden bis auf weiteres nicht mehr wöchentlich statt!(Termine auf Anfrage)

Tag des offenen Denkmals am 08.09.2019
Von 13-18 Uhr im Schlosspark zu Fürstenau

Infostand/Fürstenau ein Markt am 06.10.2019
Von 11-18 Uhr

Ganz wichtig!

Glückwunsch all unseren Geburtstagskindern

Das militärgeschichtliche Kalenderblatt (6)

Vor 80 Jahren: Der Beginn des II. Weltkrieges

Während die europäischen Mächte in den Ersten Weltkrieg wie "Schlafwandler hineinstolperten", wie es der australische Historiker Clark in seinem

2014 erschien ein Buch zum Ersten Weltkrieg ausgedrückt, wurde der Zweite Weltkrieg 1939, nur 21 Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs, durch Deutschland bewusst herbeigeführt.

Die Friedensregelungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieg führten in Europa weder zu einer politischen noch wirtschaftlichen Stabilität. Auch schufen sie nicht die erhoffte sicherheitspolitische Grundlage, weder für die Siegermächte, die besiegten Staaten, noch für die in Mitteleuropa neu entstandenen Länder Polen, die Tschechoslowakei und die baltischen Staaten, wie es eigentlich mit der Errichtung des Völkerbunds beabsichtigt worden war. Von Beginn an versuchten die Regierungen der "Weimarer Republik" durch diplomatische Initiativen und mühsame Verhandlungen, einen Ausgleich herbeizuführen und die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu lockern, insbesondere die Reparationen (Kriegsschädigungen) abzuschaffen oder wenigstens zu verringern. So verzichteten Frankreich, Belgien und das Deutsche Reich im Locarnopakt von 1925 auf gewaltsame Grenzveränderungen und stimmten der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu. 1930 wurde das Rheinland von alliierten Truppen geräumt und 1932 die Reparationszahlungen praktisch eingestellt.

Dagegen setzte ab 1933 die von Hitler geführte und der nationalsozialistischen Partei beherrschte Reichsregierung weniger auf Revision, sondern zunehmend auf Konfrontation bei der Beseitigung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags, um eine politische und militärische Gleichstellung mit den ehemaligen Siegermächten des Ersten Weltkrieges zu erreichen.

Hitler betrieb dabei sowohl eine Politik der Verständigungsschritte als auch der vollendeten Tatsachen, verbunden mit der Beteuerung des deutschen Friedenswillens. Er profitierte dabei davon, dass nicht nur in Deutschland die Bestimmungen des

Versailler Friedensvertrags als überholt angesehen wurden, sondern auch Frankreich und Großbritannien deren Beseitigung als unvermeidlich ansahen und daher Deutschlands offenen Vertragsverletzungen ab 1919 keinen Widerstand entgegengesetzten.

So trat das Deutsche Reich bereits 1933 aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund aus, rüstete ab 1934 verstärkt auf, führte 1935 die Wehrpflicht wieder ein und gliederte das Saarland dem Reich ein. 1936 erfolgte der Einmarsch in das zum Schutz Frankreichs militärisch neutralisierte Rheinland und das militärische Eingreifen in den Spanischen Bürgerkrieg. 1938 erfolgte der Einmarsch in Österreich mit anschließendem Anschluss, der von Frankreich und Großbritannien im Münchener Abkommen ebenso gebilligt wurde wie der Anschluss des deutsch besiedelten Sudetenlandes der Tschechoslowakei, nicht zuletzt weil Hitler erklärte, dass Deutschland dann keine Gebietsforderungen mehr habe.

Als jedoch Deutschland im März 1939 in die (Rest)Tschechei einmarschierte und es als Protektorat Böhmen und Mähren an das Reich angliederte, erkannte vor allem Großbritannien seinen Irrtum und gab eine Garantieerklärung für Polen ab, dem möglichen nächsten deutschen Angriffsziel.

Da Hitler entschlossen war, für Deutschland "Lebensraum im Osten" zu erobern und die Deutschen Minderheiten in Polen zu "befreien", liess er durch die SS am 31. August 1939 angebliche polnische Angriffe auf Deutsche Einrichtungen inszenieren, von denen der bekannteste der "Angriff auf den Rundfunksender „Gleiwitz" gewesen ist.

Am 1. September griff darauf ohne Kriegserklärung die Deutsche Wehrmacht Polen an und eroberte es innerhalb von sieben Wochen. Doch Hitler hatte nicht den Umschwung in der unbedingten Friedensbereitschaft der Nachbarstaaten erkannt.

Auf den Bruch des Münchener Abkommens reagierte Frankreich und Großbritannien mit der Anforderung zum sofortigen Rückzug und als dieser nicht erfolgte, am 3. September mit der Kriegserklärung an Deutschland. Damit war die deutsche Politik der schrittweisen Vergrößerung des eigenen Territoriums gescheitert und ein zweiter Weltkrieg in Gang gesetzt, für den Deutschland weder militärisch noch wirtschaftlich vorbereitet war.

Text: Lothar Lenski M. A.